

06.12.02

Gesetzesantrag
des Landes Baden-Württemberg

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (... FStrÄndG)

Staatsministerium Baden-Württemberg
Der Staatssekretär

Stuttgart, den 6. Dezember 2002

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Regierung des Landes Baden-Württemberg hat entschieden, den

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes
(... FStrÄndG), Drs. 772/99 (Beschluss)

dessen Einbringung beim Deutschen Bundestag bereits in der Sitzung des Bundesrates am 04.02.2000 beschlossen wurde, in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages weiterzuverfolgen.

Ich bitte Sie daher, den Gesetzentwurf gemäß § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates in die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 20.12.2002 aufzunehmen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Rudolf Böhmler